

Jeudi matin, 7 juin 2018

Direction de l'économie publique

69 2017.RRGR.553 Motion 208-2017 Hebeisen-Christen (Münchenbuchsee, UDC) Pas de libre-échange pour l'huile de palme en provenance de Malaisie

Le président. Ich habe Ihnen noch eine Mitteilung zu machen. Wir haben auch heute ein Geburtstagskind unter uns. Grossrätin Virginie Heyer feiert heute ihren Geburtstag. Ich wünsche ihr alles Gute und hoffe, dass sie diesen Tag auch im erlauchten Kreis des Grossen Rats geniessen kann. Herzliche Gratulation! (*Applaudissements*)

Wir gehen weiter in der Traktandenliste und kommen zum Traktandum 69, einer Motion von Grossrätin Hebeisen, SVP: «Kein Freihandel für Palmöl aus Malaysia». Die Regierung lehnt die Motion ab. Die Motionärin, Grossrätin Hebeisen, hat das Wort.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (UDC). Kein Freihandel für Palmöl aus Malaysia: Das ist ein hochpolitisches Thema, das seit Längerem in aller Leute Mund und fast täglich in den Medien anzutreffen ist. Die Politik befasst sich schon länger mit dem Thema. So reichten im März 2016 Grossrat Jobin im Grossen Rat des Kantons Waadt und im Juni 2016 Kantonsrat Vetterli im Kanton Thurgau eine Motion mit demselben Ziel ein. Beide Motionen wurden von den Kantonsparlamenten sehr deutlich überwiesen.

Worum geht es genau? – Seit Jahren verhandelt die Schweiz mit Malaysia und Indonesien über ein Freihandelsabkommen. Die malaysischen und indonesischen Regierungen pochen auf einen verbesserten Marktzugang für Palmöl in die Schweiz. Das heisst: Abbau der Zölle und Erhöhung der Kontingente. Die Palmölprodukte gehören zu den wichtigsten Exportgütern dieser Länder. Auf der anderen Seite erhofft sich die Schweiz den Abbau von Zöllen und die Eliminierung anderer Handelshemmnisse, insbesondere in Indonesien, um den Zugang zu einem Markt mit 250 Mio. Einwohnern und einem grossen Absatzpotenzial für die Schweizer Industrie zu erhalten.

Es ist vollkommen nachvollziehbar, dass die Schweizer Wirtschaft an diesem Abkommen interessiert ist. Wir alle wissen – das schleckt keine Geiss weg –, dass Handel Wohlstand erzeugt. Unsere Industrie ist auf den Export ihrer Güter angewiesen. Wir haben dem Export beziehungsweise dem Handel einen grossen Teil unseres Wohlstands in der Schweiz zu verdanken. Das ist Fakt. Die Frage ist nur: zu welchem Preis? Fakt ist aber auch, dass wir in der Schweiz sehr hohe Standards haben, was die Produktion von Nahrungsmitteln betrifft, und diese auch entsprechend verteuert. Ebenso sind unseren Konsumenten und unserem Staat Ethik, Menschenrechte, eine möglichst nachhaltige Produktion, Tierschutz, Ökologie und so weiter sehr, sehr wichtig. Uns Landwirten wird sehr genau und kritisch auf die Finger geschaut, was und wie wir produzieren. Eben plötzlich haben diese Standards keine Gültigkeit mehr, wenn es um ein Freihandelsabkommen mit Malaysia oder Indonesien geht. Offenbar machen Ethik und Ökologie an der Schweizer Grenze Halt. Für mich sind diesbezüglich die Spiesse definitiv nicht gleich lang. Jetzt sollen wir Schweizer Landwirte auch noch den Anbau von Ölsaaten, im Besonderen von gesundem Rapsöl, dem Freihandelsabkommen opfern. Das ist definitiv ein No-Go! Ich betreibe keine Schwarzmalerei, aber das wäre die Konsequenz, sollte Palmöl nicht aus den Abkommen ausgeschlossen werden.

Vor allem die Produktionsformen sind sehr umstritten. Die Plantagen werden von Grosskonzernen betrieben; die Produktion von Palmöl ist alles andere als nachhaltig. Damit die riesigen Palmölplantagen angelegt werden können, werden unglaublich grosse Flächen von Regenwald abgeholzt. Tiere und Menschen werden vertrieben, Tiere und Pflanzen vernichtet. Es ist eine Katastrophe für Flora und Fauna und eine Tragödie für die einheimische Landbevölkerung, die diesen Machenschaften ausgeliefert ist. Oft werden lokalen Bevölkerungen die Lebensgrundlage

sowie die Rechte auf ihr Land entzogen. Aber eben: Ölpalmen sind äusserst ertragreich. So können auf einer Hektare jährlich 3,3 Tonnen Palmöl produziert werden, hingegen nur 700 Kilogramm Sonnenblumen- oder Rapsöl. Das ist mitunter ein Grund, weshalb Palmöl auf dem Weltmarkt so konkurrenzlos billig ist. Das Argument, dass durch den Export von Palmöl in den Produktionsländern wichtige Einkommen generiert werden, ist ebenfalls eher Theorie. Der Hauptertrag aus der Palmölproduktion wird durch multinationale Grosskonzerne und Rohstoffhändler eingestrichen und oft nicht einmal vor Ort versteuert. Palmöl ist aber auch wegen der gesundheitlichen Nachteile beziehungsweise wegen dem hohen Anteil an gesättigten Fettsäuren umstritten. Palmöl müsse aus dem Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien ausgeschlossen werden. Dies forderten Schweizer Umwelt-, Menschenrechts- und Konsumentenorganisationen zusammen mit dem Schweizer Bauernverband Anfang Februar 2018 in einem offenen Brief an Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Ich komme zur Antwort des Regierungsrats auf meine Motion. In seiner Antwort verweist er auf die Motion Grin (*Curia Vista Motion 16.3332*), die die gleichen Anliegen beinhalte. Er schreibt weiterhin, dass der Bundesrat die Motion ablehne. Leider ist das nur die halbe Wahrheit. Die Motion Grin: «Négociations avec la Malaisie, sans l'huile de palme!» wurde am 28. Februar 2018 im Nationalrat behandelt. Die Motion wurde auch mit 140 Stimmen überwiesen, und das hat der Regierungsrat in seiner Antwort leider nicht vermerkt. Dazu würde ich gerne noch eine Stellungnahme erhalten. *Le président signale à l'oratrice que son temps de parole est écoulé.* Das mache ich gleich. Wir müssen doch als Kanton Bern und notabene als grösster Agrarkanton der Schweiz ein klares... *Le président coupe le micro.*

Le président. Wir kommen zu den weiteren Erklärungen. Gibt es Mitmotionäre oder Fraktionen, die sich melden? Grossrat Baumann hat das Wort als Mitmotionär. Zur Erinnerung: Sie haben drei Minuten.

Kilian Baumann, Suberg (Les Verts). Ich kann mir etwas mehr Zeit lassen. Ich habe mich im Wissen darum vorbereitet, dass der Präsident sehr rasch am Drücker ist und es keine Zeitüberschreitungen verträgt. Gleichlautende Motionen wurden in mehreren Kantonen bereits überwiesen. Mittlerweile hat auch der Nationalrat eine Motion mit demselben Titel deutlich angenommen. Sie haben es gehört. Jetzt ist das Anliegen beim Ständerat hängig. Der Ständerat wird möglicherweise zu einem anderen Schluss kommen als der Nationalrat. Die katastrophalen Folgen, die die Palmölproduktion für den Urwald, das Klima, die Ökologie und die indigene Bevölkerung haben kann, sind bekannt und vielfach auch belegt. Ich bin der Meinung, dass sämtliche Anstrengungen, die darauf abzielen, die Produktion von Palmöl umwelt- und sozialverträglicher zu machen, unterstützt werden müssen. Im Herbst werden Sie die Gelegenheit haben, auf nationaler Ebene über die «Fair-Food-Initiative» abzustimmen – eine Initiative, die verlangt, dass der Bundesrat beim Aushandeln von ebensolchen Freihandelsverträgen dem Anliegen, dass Produkte ressourcen- und umweltschonender hergestellt werden, mehr Beachtung schenkt. Es ist eine Initiative, die auch verlangt, dass Produkte aus bäuerlicher Landwirtschaft und fairem Handel einen Marktvorteil erhalten. Freihandel darf nicht auf Kosten von Umwelt- und Menschenrechten stattfinden. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion im Sinn eines Zeichens dafür zu unterstützen, dass auch der Kanton Bern der Meinung ist, es sei dringend nötig, den Anbau von Ölpflanzen umwelt- und sozialverträglicher zu gestalten.

Le président. Gibt es noch Mitmotionäre, die sprechen möchten? Ich bitte diese, nach vorne zu kommen. – Grossrätin Grogg, Sie haben das Wort.

Christine Grogg-Meyer, Thunstetten (PEV). Ich spreche hier als Mitunterzeichnerin und zugleich als Fraktionssprecherin. Es ist allgemein bekannt, dass sich unterdessen in circa zwei Dritteln der Nahrungsmittel Palmöl befindet, dafür im grossen Stil Regenwald abgeholzt wird, Menschen dadurch ihre Lebensgrundlage verlieren und die Welt einen Teil ihrer Lunge und dass einige riesige Handelsgesellschaften und einige mächtige Plantagenbesitzer häufen dabei Wohlstand für sich an. Dies gehört zur negativen Seite der Palmölproduktion. Es ist aber auch richtig, dass Palmöl auf der gleichen Fläche drei- bis viermal so ertragreich ist wie Raps, dass es sich im Bereich der Ernährung eignet, dass es als wichtiger Bestandteil von Wasch- und Reinigungsmitteln schwierig durch europäische Öle zu ersetzen ist, und dass es ein nachwachsender Rohstoff ist, der sich für die Herstellung von Treibstoff eignet. Palmöl ist wertvoll.

Der Bundesrat möchte nun mit dem vorgesehenen Freihandelsabkommen die Einfuhrmenge steigern, um mit Malaysia den Handel auszubauen. Im Gegenzug hat er die Erwartung, dass die Schweiz noch mehr Produkte nach Malaysia ausführen kann, zum Beispiel Uhren. In Verhandlungen soll sichergestellt werden, dass die Arbeitssituation der Arbeitnehmenden verbessert, eine unkontrollierte Abholzung vermieden und eine nachhaltige Produktion unterstützt und gefördert werden kann. Das ist ein Spagat, der unserer Ansicht nach nicht machbar ist, ohne faule Kompromisse einzugehen. Für die Fraktion der EVP überwiegen klar die negativen Aspekte einer Erhöhung des Freihandels. Das bedeutet nicht, dass wir grundsätzlich gegen die Verwendung von Palmöl sind. Aber wir sind gegen einen Ausbau des Importes, gegen eine Bereicherung auf Kosten der Einwohner, gegen eine Förderung der Abholzung von kostbarem Regenwald und gegen eine Produktionsart, die ganz sicher nicht den uns bekannten Standards in der Produktion von landwirtschaftlichen Produkten entspricht. Die Standards für die Lebensmittelproduktion in der Schweiz sind sehr hoch, richtig und wichtig. Diese Standards erfassen die ganze Produktionskette von der Bodenbewirtschaftung über die Düngung und die Spritzmittel bis zur Lagerung und zum Verkauf. Und sie werden auch kontrolliert. Als grösster Agrarkanton der Schweiz ist es mehr als nötig, dass wir uns hier zu dieser Problematik äussern.

Die EVP findet es sehr blauäugig zu glauben, dass der Bundesrat mit Verhandlungen und Abmachungen einen wesentlichen Einfluss auf die Situation der Einwohner und Arbeitnehmenden und auch auf die Abholzung sowie Produktionsart nehmen kann. Die EVP findet es auch fast ein wenig zynisch, wenn der Regierungsrat in seiner Antwort unter anderem sagt, dass mit der vermehrten Produktion von Palmöl die Armut bekämpft werden könne und Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Auch als Nicht-Gewerkschafterin bin ich überzeugt, dass ich diese Arbeitsbedingungen nicht gutheissen könnte und mir als Bäuerin wegen der Art und Weise der Produktion die Haare zu Berge stehen würden. Ob das erwünschte Armutsbekämpfung ist, stellen wir infrage. Es ist uns bewusst, dass mit dem Ansinnen, eine Standesinitiative einzureichen, die Palmöl von einem Freihandelsabkommen mit Malaysia ausnehmen will, die Welt nicht gerettet werden kann. Aber wir können jetzt und hier damit beginnen, gegen Ungerechtigkeiten aufzustehen. Wachsender Wohlstand auf Kosten der Ärmsten, eine Bereicherung der Reichen, eine Abholzung von essenziellem Regenwald und ein Ausblenden von ausbeuterischen Machenschaften zugunsten eines Freihandelsabkommens: Dazu kann die EVP nicht Ja sagen. Die EVP unterstützt geschlossen diese Motion.

Le président. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Grossrätin Marti.

Ursula Marti, Berne (PS). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt selbstverständlich diese Motion. Auch wir sind der Meinung, dass Palmölprodukte vom geplanten Freihandelsabkommen mit Malaysia und natürlich von jeglichen Freihandelsabkommen auszuschliessen sind. Wir danken der Motionärin, Annegret Hebeisen, dass sie die Initiative ergriffen und diese parteienübergreifende Standesinitiative lanciert hat. Die Standesinitiative ist ein Beitrag oder vielleicht auch ein Resultat der sehr breit getragenen Kampagne gegen das unheimlich schädliche Palmöl. Der Palmölanbau zerstört den Regenwald und hat verheerende ökologische und soziale Auswirkungen. Wir haben von Grossrätin Annegret Hebeisen auch gehört, dass Palmöl gar nicht so gesund sei.

Für uns steht dieses Anliegen auch sehr stark im Zeichen der «Konzernverantwortungsinitiative», die zum Ziel hat, dass bei jedem Geschäft die Menschenrechte respektiert und Umweltstandards eingehalten werden müssen. Diese Initiative richtet sich an die Konzerne, die weltweit Geschäfte tätigen. Genauso wichtig ist es aber, dass mit den entsprechenden Gesetzen und mit internationalen Verträgen wie zum Beispiel Handelsverträgen darauf hingewirkt wird, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zu verhindern. Wir in der reichen Schweiz mit unserem hohen Lebensstandard tragen diesbezüglich eine grosse Verantwortung. Es ist erfreulich, dass die Sensibilisierung eben gerade auch wegen der sehr breit getragenen «Konzernverantwortungsinitiative» Wirkung zeigt. Ich denke, das Anliegen der Motion ist dank dieser Sensibilisierung auch bereits auf nationaler Ebene angekommen, zwar leider nicht – oder noch nicht – beim Bundesrat, aber beim Nationalrat. Das ist sehr erfreulich und lässt hoffen. Damit eilt unsere Standesinitiative eigentlich voraus. Der Nationalrat hat diesem Anliegen in der Märzsession zugestimmt, sogar überraschend deutlich. Helfen wir also mit einem klaren Ja mit, diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Michael Köpfli, Berne (pvl). Wir anerkennen, dass es bei der Produktion von Palmöl weltweit aber auch in Malaysia teilweise zu sehr problematischen Auswirkungen für die Umwelt und die lokale Bevölkerung kommt. Es sind teilweise inakzeptable Zustände. Auch ist nicht von der Hand zu weisen, dass für Schweizer Landwirte durch ein Freihandelsabkommen zum Teil ungleich lange Spiesse entstehen können. Gleichzeitig gibt es auf der anderen Seite natürlich Subventionen. Diese müsste man dann gegenüberstellen. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass das keine ideale Situation ist. Insofern haben wir sowohl aus ökologischen als auch aus wettbewerbspolitischen Überlegungen ein gewisses Verständnis für die Motionärin und ihre Mitstreiterinnen. Ich habe schon im Vorfeld der Motion gehört, dass sie von uns – oder besonders von mir – enttäuscht seien, dass wir diesen Vorstoss trotzdem ablehnen. Aber so ist es. Wir tun dies aus zwei Gründen: Wir finden den Vorstoss zu absolut formuliert, und wir finden ihn vor allem nicht stufengerecht.

Ich beginne mit dem zweiten Grund. Ich weiss persönlich nicht, ob es auch Bonsai-Palmen gibt, aber es ist auf jeden Fall so, dass das wieder ein klassischer Vorstoss ist, bei dem wir Bonsai-Nationalräte spielen. Es wurde auch schon angesprochen, dass dieser Vorstoss bereits im Parlament überwiesen wurde. Es ist so, dass meines Wissens die Partei der Motionärin relativ viele Vertreter im Bundeshaus hat, darunter relativ viele Landwirtschaftsvertreter aus unserem Kanton, die dieses Anliegen direkt einbringen können. Es ist nicht unbedingt nötig, dass wir dazu auch noch eine Standesinitiative überweisen. Wir finden – um ein bisschen ernster zu werden – den Vorstoss auch inhaltlich falsch. Für uns ist ein derart konsequenter Ausschluss des Palmöls aus einem Freihandelsabkommen viel zu pauschal. Wenn wir von Beginn weg solche Vorgaben machen, wird es extrem schwierig, weitere Freihandelsabkommen abzuschliessen. Diese sind sehr wohl im Interesse unseres Landes und unserer Wirtschaft. Zudem bin ich wirklich überzeugt, dass Freihandelsabkommen auch eine Chance sind, um in den Bereichen Ökologie und Menschenrechte Fortschritte zu erzielen. Ich mache mir keine Illusionen: Wir werden es nicht schaffen, in einem Freihandelsabkommen mit Malaysia oder auch den Mercosur-Staaten unsere Standards auf einen Schlag dort durchzusetzen. Das ist eine Illusion, das wird uns nicht gelingen. Ich glaube aber, dass wir unsere Haltung in die Verhandlungen einbringen können. Das wird auch vom Regierungsrat ausgeführt und war ebenfalls ein grosses Thema bei den Reisen des Bundesrats, damit wir die Bedingungen in diesen Ländern schrittweise verbessern können. Das haben auch frühere Freihandelsabkommen gezeigt. Das ist aber zweifelsohne ein sehr langer Prozess und wird nicht schnell gehen. Es bedingt regelmässige Nachverhandlungen und Kontrollen. Ich bin aber überzeugt, dass die Schweiz mit einer globalen Perspektive mehr erreichen kann, indem wir uns einbringen und schrittweise Verbesserungen bewirken können und dabei erst noch Freihandel für unsere Wirtschaft ermöglichen, anstatt uns abzuschotten, selbst zu sagen, wir seien hier sauber und korrekt, und gleichzeitig die Augen vor der weltweiten Entwicklung verschliessen. Diese Entwicklung ist globalisiert und untersteht dem freien Handel. Wir sollten als kleines Land, das eine starke Position in solchen Verhandlungen einnehmen kann, unsere Anliegen einbringen. Aus diesem Grund lehnen wir den Vorstoss klar ab.

Beatrice Eichenberger, Biglen (PBD). Die BDP-Fraktion hat sich sehr ausdauernd und differenziert mit der Motion «Kein Freihandel für Palmöl aus Malaysia» auseinandergesetzt. Wir haben uns von einem Kenner dieser Region informieren lassen. Er lebte in den 1990er-Jahren mit seiner Familie in Borneo und bereiste dieses Gebiet erneut im vergangenen und in diesem Jahr für längere Zeit. Gemäss seinen Ausführungen bietet die Palmölproduktion der einheimischen Bevölkerung überhaupt eine Einnahmequelle. Demgegenüber – das wurde bereits gesagt – steht die Tatsache, dass das sehr billige Palmöl in der Schweiz qualitativ hochstehende Produkte aus Raps- und Sonnenblumenöl konkurrenziert.

Nach kontroversen Diskussionen wird eine Mehrheit der BDP-Fraktion aus nachfolgenden Gründen die Motion ablehnen: Die Agrarpolitik ist eine nationale Angelegenheit. Die Fraktion steht Standesinitiativen eher zurückhaltend gegenüber. Das Thema wird in der aktuellen Debatte bereits diskutiert. Eine Minderheit der Fraktion unterstützt das Anliegen, weil sie direkt von den Auswirkungen des Freihandels betroffen wäre.

Markus Aebi, Hellsau (UDC). Ich bin immer wieder über die Doppelbödigkeit erstaunt, wenn ich die Voten von Grossrat Köpfli zu landwirtschaftlichen Fragestellungen höre. Die Diskussion zu Importen von Palmöl ist nicht neu und wurde von den Medien vielfach kritisch begleitet. Die SVP-Fraktion befürwortet ein Handelsabkommen mit Malaysia, Indonesien und weiteren Staaten Südostasiens.

Die Region zählt zu den weltgrössten Volkswirtschaften. Die aufstrebenden Länder bieten für die Schweizer Wirtschaft den Zugang zu attraktiven Märkten. Den Einbezug von Palmöl in die Gespräche über ein Freihandels- oder Handelsabkommen lehnt die SVP jedoch kategorisch ab. Die umweltzerstörerische Art, wie internationale Grosskonzerne die Gewinnung von Palmöl und Kernpalmöl vorantreiben, ist für schweizerische Verhältnismässigkeiten nicht akzeptabel. Die Enteignung von Bauernfamilien und die Zerstörung von sozialen Gefügen in ländlichen Gebieten ist das eine und die nachhaltige Zerstörung von Natur, Umwelt und Regenwäldern das andere. Wenn ich mir als Betreiber eines Familienbetriebs vorstelle, wie dort mit landwirtschaftlichen Familien umgegangen wird, schaudert es mich ein wenig. Wir tragen Mitverantwortung, geschätzte Damen und Herren, Mitverantwortung als Politiker, aber auch als Konsument. Weiter ist für uns die Konkurrenzierung von einheimischen Ölprodukten wie Raps- und Sonnenblumenöl ebenso wichtig. Diese Länder in Südostasien haben sowohl politisch als auch wirtschaftlich die Möglichkeit, die katastrophalen Situationen und Umstände zu korrigieren. Deswegen unterstützt die SVP gesamtheitlich diese Standesinitiative im Sinn einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion und der Schweizer Wirtschaft. Ich danke für Ihre Zustimmung.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Les Verts). Palmöl hat ein vielseitiges Verwendungsspektrum. Man findet es in Kosmetika, Putzmitteln und Reinigungsmitteln. Praktisch in jedem sechsten Produkt befindet sich Palmöl. 20 Prozent des Palmöls wird nachhaltig nach den Standards von Round table of sustainable palm oil (RSPO) produziert. RSPO hat den Hauptsitz in der Stadt Zürich. Diese Organisation wird zurzeit verklagt, weil sie ihre eigenen Standards nicht umsetzt. Das heisst, dass es kein nachhaltiges Palmöl gibt. Um die steigende Nachfrage von Palmöl zu decken, zerstört die Palmölindustrie Regenwaldgebiete, Buschland und Dorfmoore – stündlich eine Fläche von circa dreihundert Fussballfeldern. Pro Tag entspricht das einer Fläche von 4800 Hektaren, und dies noch gut abgerundet. Den Kleinbauern bringt eine Palmölproduktion nichts, da eine Fläche von mindestens 1,5 Hektaren benötigt wird, um die Produktion überhaupt rentabel zu betreiben. 1,5 Hektaren entsprechen etwa der Landfläche, die ein Kleinbauer durchschnittlich besitzt. Wo soll er dann noch seine Lebensmittel produzieren? Die Profiteure sind die Grosskonzerne. Genau diese Grosskonzerne sind mitverantwortlich für die Armut in diesen Ländern, denn sie bringen die Kleinbauern um ihr Land.

In einem Freihandelsabkommen sollen auch Produkte ausgeschlossen werden können, welche die Umwelt stark belasten oder durch Kinderarbeit hergestellt werden. Wollen wir dieser massiven Umweltzerstörung wirklich zustimmen, damit wir etwas mehr exportieren können? Die Profiteure sind die Grosskonzerne und die Grossgrundbesitzer, die hemmungslos roden und Landenteignungen vornehmen. Dem kann ich nicht zustimmen. Deshalb stimmt die grüne Fraktion der Motion zu.

Adrian Haas, Bern (PLR). Es ist unbestritten und auch erkannt, dass Palmöl sehr oft nicht nachhaltig produziert wird. Die Diskussion auf Bundesebene ist allerdings in Gang, und wir brauchen uns hier nicht unbedingt als Bundesparlamentarier zu profilieren. Es ist kaum stufengerecht, wenn der Kanton Bern auch noch beginnt, sich in Freihandelsabkommen einzumischen und die Weltlage vor dem Rat in extenso zu beurteilen.

Es gilt den Aspekt zu berücksichtigen – Grossrat Michael Köpfli hat das gut gesagt –, dass Handelsbeziehungen und Handelsabkommen auch immer eine Chance sind, um zu einer Verbesserung der Lage der betroffenen Bevölkerung beizutragen. Vielleicht noch ein Punkt: Ich bin etwas erstaunt, dass dieser Vorstoss überhaupt auf der Traktandenliste steht. Er ist uns wahrscheinlich im Büro durchgerutscht. Denn in Artikel 116 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rats (GO) wird festgehalten, dass Standesinitiativen «in der Form eines Vorentwurfs eines Erlasses einzureichen» sind. Das ist hier nicht der Fall. Der Vorstoss erfüllt die Formvorschriften dieses Parlaments nicht. Wir lehnen ihn auch deshalb ab.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil/Schwarzenbach (UDF). Als Mitmotionär und Fraktionssprecher der EDU zitiere ich aus der Motion und der Antwort des Regierungsrats: «Die Produktion von Palmöl und Palmkernöl in Malaysia und Indonesien hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Bei einer Erhöhung des Freihandels würde diese weiter ansteigen und zusätzliche Flächen benötigen. Die Auswirkungen auf die Umwelt und die lokale Bevölkerung sind katastrophal. Um den Anbau von Palmöl zu ermöglichen, wird der Regenwald zunehmend abgeholzt, wodurch der Lebensraum von Tier- und Pflanzenarten vernichtet wird. Viele Einwohner werden ihrer

Lebensgrundlage beraubt, gewaltsam enteignet oder ungenügend entschädigt. «Eine Lockerung der Zollgrenze beim Palmöl bedeutet, die Anbaumethoden und Arbeitsbedingungen in Malaysia gutzuheissen. [...] Der Regierungsrat ist sich der ökologischen und sozialen Probleme im Zusammenhang mit der Palmölproduktion bewusst. Er unterstützt deshalb alle Bestrebungen für einen nachhaltigen Anbau und eine ökologische Produktion von Palmöl. [...] Was die Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft betrifft, weist der Regierungsrat auf die bereits bestehenden Handelsbeziehungen mit Malaysia und Indonesien hin. 2017 betrugen die Exporte der Schweiz nach Malaysia und Indonesien 1,2 Milliarden Franken, davon 86 Millionen Franken aus dem Kanton Bern. Berner Unternehmungen haben beispielsweise Uhren im Wert von 33 Millionen Franken nach Malaysia exportiert.» Das heisst, wenn die Kasse stimmt, geht uns die Vernichtung von Lebensraum in Malaysia nichts an. Wir von der EDU sehen das nicht so und stimmen der Motion zu.

Le président. Als Einzelsprecherin spricht Grossrätin Zybach.

Ursula Zybach, Spiez (PS). Erlauben Sie mir als Lebensmittelingenieurin kurz etwas zu diesem Thema zu sagen. Ich habe mich sehr gefreut über die verschiedenen Voten, die aufgezeigt haben, wie detailliert das Thema wahrgenommen wird, und wie wichtig es ist. Ich werde selbstverständlich gerne diese Standesinitiative unterstützen, möchte aber die Gelegenheit zu einem Aufruf nutzen, einem Aufruf an die Firmen, sei es im Kanton Bern oder sei es in der Schweiz, weniger Palmfett einzusetzen. Ich weiss, dass Palmfett technologisch ein Superprodukt ist, weil man es wunderbar verändern kann. Je nach Temperatur hat es eine andere Stabilität und wird von Fett zu Öl. Aber es liegt auch in der Verantwortung der Firmen, dass sie weniger Palmfett einsetzen. Denselben Aufruf richte ich auch an uns als Konsumentinnen und Konsumenten. Sehen Sie sich einmal das Kleingedruckte in Schriftgrösse Arial 4 oder 6 auf den Packungen an, und achten Sie sich, wo es überall Palmöl drin hat. Setzen Sie vermehrt auf Produkte, die mit Schweizer Butter, Rapsöl oder Sonnenblumenöl hergestellt wurden. Wir können das und haben es auch in den Händen, weil diese Standesinitiative – das wissen wir – vielleicht internationale Auswirkungen hat. Wir wissen auch, dass das Thema sehr kritisch betrachtet wird. Schauen wir doch in die Nähe, und schauen wir, was wir als Konsumentinnen und Konsumenten oder Produzenten im Kanton Bern verantwortungsvoll beim Einsatz des Fetts in der Schweiz tun können.

Martin Schlup, Schüpfen (UDC). Den Globalisierungsturbos in diesem Saal möchte ich doch zwei, drei Dinge sagen. Ich denke, die Globalisierung können wir nicht mehr aufhalten. Sie findet einfach statt. Aber es kann doch nicht sein, dass mit komplett unterschiedlichen Standards gehandelt wird und auf der ganzen Welt Material und Sachen verschoben werden. So schadet die Globalisierung der Gesellschaft eigentlich viel mehr, als dass sie Nutzen und Wohlstand bringt. Es ist doch scheinheilig, wenn wir hier von Pestizidverbot, immer mehr Vorschriften betreffend Raumplanung, Arbeitsgesetz, Tierschutz, Baugesetz und täglich mehr Umweltvorschriften fordern. Nicht nur in der Landwirtschaft ist es so. Auch im Gewerbe und in der Industrie ist es das Gleiche. Und dann will man möglichst billig Produkte ohne Standards importieren. Die Lebensmittelindustrie ist es sich heute gewöhnt, viele solche Produkte in den immer mehr geforderten Fertigprodukten zu verstecken. Das sieht kaum jemand mehr, und im Kleingeschriebenen – es wurde vorhin gesagt – findet man die Angaben überhaupt nicht mehr. Auch die Firma von Johann Schneider-Ammann wird selber darunter leiden. Er produziert selber immer mehr Maschinen im Osten. Wahrscheinlich handelt er hier nur noch. Die Arbeitsplätze sind dann auch weg. Und auf der anderen Seite fordern wir immer wieder mehr Vorschriften. Das geht einfach nicht.

Ein gutes Beispiel aus der Futtermühlenindustrie: Dort haben die Mühlen freiwillig auf den Einsatz von Palmöl verzichtet. Somit können wenigstens unsere Tiere ihr Futter ohne Palmöl genießen.

Le président. Es haben sich keine weiteren Einzelsprecher mehr gemeldet. Somit erteile ich das Wort dem Volkswirtschaftsdirektor. Regierungsrat Ammann, Sie haben das Wort.

Christoph Ammann, directeur de l'économie publique. Die Motionärin hat in ihrem Einleitungsvotum bereits darauf hingewiesen, dass auf Bundesebene ein Vorstoss für das mit dem gleichen Anliegen bereits durch Nationalrat Grin eingereicht wurde. Der Nationalrat hat diesen Vorstoss angenommen; die Debatte im Ständerat steht kurz bevor. Das ist das formelle Argument der Regierung für die Ablehnung. Inhaltlich stützt sich die Regierung auf die Stellungnahme des

Bundesrats zu diesem Vorstoss Grin. Ich erwähne drei Punkte: Damit ein Freihandelsabkommen zustande kommt, haben die Schweiz und die Partner der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) dem Verhandlungspartner Malaysia Bestimmungen zur Förderung eines nachhaltigen Handels zwischen den Parteien unterbreitet. Das heisst konkret, dass zum Beispiel die Einhaltung und die wirksame Umsetzung der multilateralen Umweltabkommen und die Grundrechte der Arbeitnehmenden garantiert werden müssen. Ausserdem wurden Vorschläge zur Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Waldressourcen unterbreitet, die zum Beispiel die Bekämpfung des illegalen Holzschlags betreffen.

Ein zweiter Punkt aus der Beurteilung des Bundesrats: Das SECO unterstützt im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Malaysia, aber auch in Indonesien bereits heute diverse Massnahmen zur Unterstützung einer nachhaltigen Produktion und einer besseren Rückverfolgbarkeit der Produkte.

Der dritte und letzte Punkt: Die vom Bund erarbeiteten Konzessionen tragen den möglichen Auswirkungen auf den Binnenmarkt Rechnung und sind mit der Agrarpolitik vereinbar. Das ist die Einschätzung des Bundesrats. Selbstverständlich sind dem Regierungsrat die ökologischen und sozialen Probleme im Zusammenhang mit der Palmölproduktion bewusst. Aber nach Einschätzung der Regierung bieten eben gerade Verhandlungen im Rahmen eines Freihandelsabkommens eine gute Gelegenheit, die Anbaumethoden und Arbeitsbedingungen gezielt und nachhaltig zu verbessern, zwar mit dem Tempo beziehungsweise der Langsamkeit, auf welche verschiedene Sprecher hingewiesen haben. Aber man kann eine Verbesserung erzielen. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass Palmölprodukte zu den wichtigsten Exportprodukten dieser Länder gehören und damit auch einen Beitrag zur Beschäftigung und zur Armutsbekämpfung leisten. Nach Einschätzung des Bundesrats wäre ein generelles Einfuhrverbot von Palmöl ein No-Go für den Abschluss eines Abkommens. Ein generelles Verbot bedeutet in der Beurteilung des Bundesrats, dass ein Abkommen nicht möglich ist. Auch die Schweiz hat ein Interesse an einem solchen Abkommen. Die Zahlen wurden hier bereits genannt. 2017 betrugen die Exporte der Schweiz nach Malaysia und Indonesien 1,2 Mrd. Franken. Davon kamen Exporte im Betrag von 86 Mio. Franken aus dem Kanton Bern. Da in diesen bevölkerungsreichen Ländern der Wohlstand zunimmt, werden wahrscheinlich auch in Zukunft gerade diese Länder zu wichtigen Absatzmärkten für Schweizer und Berner Unternehmen. Ein Freihandelsabkommen mit Malaysia muss daher nach Beurteilung der Regierung aus einer gesamtwirtschaftlichen Sicht betrachtet werden. Aus diesen zwei Gründen, einem formellen und einem inhaltlichen, lehnen wir den Vorstoss ab.

Le président. Die Motionärin wünscht noch einmal das Wort.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (UDC). Es freut mich doch sehr, dass die Motion relativ breit getragen wird und auch, dass das Problem der nicht unumstrittenen Produktion von Palmöl nicht verkannt wird. Aber lassen Sie uns doch für einmal Bonsai-Nationalräte sein. Setzen wir ein klares Zeichen und drücken den grünen Knopf, damit der Regierungsrat des Kantons Bern beim Bund ebenfalls eine Standesinitiative «Kein Freihandel für Palmöl aus Malaysia» einreichen muss. Danke für Ihre Unterstützung.

Le président. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Motion unterstützt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Vote

Décision du Grand Conseil:

Adoption

Oui 105

Non 35

Abstentions 4

Le président. Sie haben die Motion angenommen mit 105 Ja- gegen 35 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

15.01.2019

